

MENSCHENRECHTSKOMMISSION

Hilfswerke nehmen das Heft in die Hand

Zusammen mit Vertretern aus Wirtschaft und Politik wollen Menschenrechtsorganisationen die Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution vorantreiben. Dazu wurde nun ein Trägerverein gegründet.

«Auf internationalem Parkett profiliert sich die Schweiz mit einer aktiven Menschenrechtspolitik», sagte Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi (SP, ZH) vor den Medien. In den Bereichen Frauen- und Kinderrechte etwa aber gebe es in den Kantonen bei der Umsetzung menschenrechtlicher Pflichten grosse Unterschiede. «Eine nationale Menschenrechtsinstitution braucht es, um die Kohärenz der Schweizer Politik zu verbessern und ihre Glaubwürdigkeit zu verstärken», so Müller-Hemmi. Mit der neuen Zusammensetzung des Bundesrates und dem Abbau von Bundesaufgaben jedoch hätten es neue Projekte schwer, kritisierte sie.

Migros hilft mit

Auf Initiative von Nichtregierungsorganisationen (NGO) wurde deshalb gestern an einer Tagung in Bern ein neuer Trägerverein gegründet, der das Modell einer unabhängigen Institution für Menschenrechte unterstützt. «Eine solche Institution ist notwendig», sagte auch Bernhard Moeri vom Migros-Genossenschaftsbund an der Tagung in Bern. Auch für die Wirtschaft werde das Thema Menschenrechte immer wichtiger.

Obwohl die UNO, der Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) die Wichtigkeit nationaler Menschenrechtsinstitutionen betonen, seien bisher Antworten auf entsprechende Vorstösse im Parlament ausgeblieben, kritisieren NGOs wie Amnesty International, Alliance Sud, Menschenrechte Schweiz (Mers) und die Schweizerische Flüchtlingshilfe. Bereits im Dezember 2001 hatte Vreni Müller-Hemmi eine parlamentarische Initiative zur Schaffung einer eidgenössischen Kommission für Menschenrechte eingereicht. 2003 beauftragte der Nationalrat seine Staatspolitische Kommission mit der Ausarbeitung einer konkreten Vorlage.

Diesen Herbst hat der Nationalrat die Frist dafür jedoch verlängert, weil er einen entsprechenden Bericht des Bundesrates abwarten wollte, der vom Ständerat verlangt wurde. Bis heute liegt dieser nicht vor, obwohl eine Expertenstudie im Auftrag des zuständigen Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) erheblichen Handlungsbedarf festgestellt hat.

Gegen Ausbau der EKR

Eine Option besteht darin, die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) zur Menschenrechtskommission auszubauen. Während sich etwa EKR-Sekretärin Doris Angst und EKR-Präsident Georg Kreis für diese Idee offen zeigen (wir berichteten), sind die NGOs skeptisch. Sie befürchten, dass eine «Minimallösung» die Existenzberechtigung des Projekts in Frage stellt. Darum fordern sie eine unabhängige und eigenständige Institution nach den Vorgaben der UNO, wie sie bisher etwa in Dänemark, Deutschland oder Norwegen existieren.

Angesichts der Passivität des Bundesrates haben die NGOs beschlossen, ein eigenes Projekt zu lancieren. Der gestern in Bern gegründete Trägerverein unterstützt die Idee einer Stiftung: Sie soll auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen und hauptsächlich von Bund und Kantonen sowie von Privaten finanziert werden. Diese Stiftung würde etwa zur Umsetzung der von der Schweiz ratifizierten Menschenrechtsabkommen beitragen, Empfehlungen an zuständige Behörden richten und die Menschenrechtsbildung in der Schweiz unterstützen.

Mittlerweile ist auch der Bericht des Bundesrates für die «nähere Zukunft» angekündigt: Im EDA äussert man sich dazu vorsichtig: Es handle sich noch um Arbeitshypothesen, sagt EDA-Sprecherin Carine Carey.

[Google-Anzeigen](#)

[Bern Flirt](#)

[Yoga Bern](#)

[Wirtschaft](#)